

---

# Europa: Alternativen zur Krise

**ERIC TOUSSAINT**

Dieser Text schlägt eine Reihe konkreter Alternativen zur gegenwärtigen Krise in Europa vor. Er behandelt 19 Sofortmaßnahmen, die auf der Ebene des gesamten Finanzbereichs und insbesondere der Banken zu ergreifen wären. Über diese Maßnahmen hinaus spricht er sich für die Vergesellschaftung des Banken- und Versicherungssektors unter der Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger aus. Dann erörtert er weitere Maßnahmen, die zu ergreifen sind, um die Krise auf eine Weise zu beenden, die den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung entspricht: die Austeritätspolitik stoppen; die illegitimen, untragbaren, verwerflichen und illegalen öffentlichen Schulden sowie die illegitimen und illegalen privaten Schulden annullieren; durch die Herstellung von Steuergerechtigkeit die Einkommenslage öffentlicher Körperschaften aufbessern und die sozialen Ungleichheiten verringern; legitime Staatsanleihen aufnehmen, um die öffentlichen Dienstleistungen auszubauen und auszuweiten; das Umlagesystem in der Altersversicherung stärken; die Arbeitszeit radikal verkürzen, um Vollbeschäftigung zu garantieren; eine Einkommenspolitik im Sinne der sozialen Gerechtigkeit realisieren; den Euro in Frage stellen und für ein anderes Europa eintreten. Das bedeutet, dass die aktuellen Verträge durch einen wirklichen verfassungsgebenden Prozess zu ersetzen sind, der von der Bevölkerung getragen wird. Die hier dargelegten Vorschläge verstehen sich als Beitrag zur Debatte.

Seit den frühen 1980er Jahren ist es dem Bankensektor gelungen, sich von den Zwängen zu befreien, die ihm die öffentlichen Behörden mehrere Jahrzehnte lang auferlegt hatten, um eine Wiederholung der Bankenkrise der 1930er Jahre zu vermeiden. Die Regulatorsbehörden und die Regierungen wurden zu Anhängerinnen des Neoliberalismus und haben den kapitalistischen Bankiers freie Bahn gelassen, die davon maximal profitiert haben. Das alles hat sich vor dem Hintergrund entwickelt, dass das Großkapital sich für eine Reihe gesellschaftlicher Errungenschaften rächte, die die Lohnabhängigen im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zuvor erkämpft hatten. Die gegenwärtige Krise, die in den Jahren 2007–2008 begann, hat die Behörden nicht dazu veranlasst, das private Kapital wirklich zu disziplinieren. Die wenigen Maßnahmen, die sie ergriffen, und die Mechanismen, die sie in Betracht gezogen haben, um im privaten Finanzsektor wieder Ordnung herzustellen, sind völlig unzureichend, um künftige Finanzkrisen zu verhindern und spekulative und riskante Verhalten der Finanzinstitute einzudämmen.

Die ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte, die in der universellen Deklaration der Menschenrechte von 1948 dargelegt und einem internationalen Vertrag 1966<sup>1</sup> kodifiziert wurden, werden umfassend in Frage gestellt und abgebaut.<sup>2</sup>

Die zivilen und politischen Bürgerrechte<sup>3</sup> werden ebenfalls täglich durch die Regierungen und internationale Institutionen wie die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und den Internationalen Währungsfonds im Dienste des Großkapitals in Frage gestellt; die Bevölkerungen werden zu wichtigen Fragen wie Rettung und Zukunft der privaten Banken, die Privatisierung von Unternehmen und öffentlichen Diens-

ten, die Annahme europäischer Verträge nicht gefragt. Die Entscheidungen der Wählerinnen und Wähler werden nicht respektiert, die Verfassung wird mit Füßen getreten<sup>4</sup>, die legislative Macht wird marginalisiert oder zu einen reinen Abnickorgan degradiert...

Die Finanzkrise schreibt sich in den breiteren Kontext der Systemkrise des globalen Kapitalismus ein und weist ökonomische, ökologische, gesellschaftliche, politische, moralische und institutionelle Dimensionen auf (die verschiedenen Facetten der andauernden Systemkrise haben wir in Millet/Toussaint 2009 präsentiert).

Man muss mit der Logik, der sich gegenwärtig die Regierungen unterwerfen, radikal brechen und dringende Maßnahmen ergreifen. Im Gegensatz zum aktuellen System, das den Verantwortlichen für das Debakel Straflosigkeit und goldene Fallschirme gewährt, ist es nötig, dass jene die Rechnung für die Bankenrettungen bezahlen, die dafür verantwortlich sind.

Die angekündigten Maßnahmen zur Disziplinierung der Banken sind kosmetisch. Die zentralisierte Überwachung der Banken in der Eurozone, die Schaffung eines europäischen Fonds der Einlagensicherung, das Verbot gewisser Operationen (die nur 2% der globalen Bankaktivitäten umfassen), die Begrenzung der Bonizahlungen, die geforderte Transparenz der Bankaktivitäten oder auch die neuen Bankregeln sind nur Empfehlungen, Versprechungen oder, im besten Fall, sind völlig unzureichend für die anstehende Lösung der Probleme. Es müssen wirklich strenge Regeln durchgesetzt werden, die nicht umgangen werden können.

Die Krise müsste durch die Durchsetzung von Maßnahmen überwunden werden, die in die Struktur der Finanzwelt und des kapitalistischen Systems selbst eingreifen. Das Bankengeschäft ist zu wichtig, um es den Händen des Privatsektors zu überlassen. Der Bankensektor muss vergesellschaftet werden (was seine Enteignung und gesellschaftliche Aneignung impliziert) und der Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger unterstellt werden. Das sind in erster Linie die Lohnabhängigen der Banken, aber auch deren Kunden sowie die Vereinigungen und Vertretungen der örtlichen öffentlichen Körperschaften. Der Bankensektor ist den Regeln des öffentlichen Dienstes zu unterstellen, die Einnahmen aus dessen Geschäftstätigkeit sind für das öffentliche Wohl zu verwenden. Der Bankensektor sollte komplett in öffentlichem Eigentum sein, mit Ausnahme eines kleinen genossenschaftlichen Sektors, mit dem er zusammen funktionieren und kooperieren könnte.

Die zur Rettung der Banken aufgenommenen öffentlichen Schulden sind eindeutig illegitim und müssen erlassen werden. Eine Prüfung durch die Bürgerinnen und Bürger muss weitere illegitime, illegale, verwerfliche und untragbare Schulden identifizieren und eine Mobilisierung der Bevölkerung ermöglichen, sodass eine glaubwürdige antikapitalistische Alternative entstehen kann. Diese beiden Maßnahmen müssen Teil eines umfassenderen Programms sein, das ich in diesem Beitrag vorschlage. Das fängt mit den Sofortmaßnahmen an, die im Finanzsektor zu ergreifen sind.

Die Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger und die gesellschaftliche Selbstorganisation sind eine absolute Voraussetzung für die Durchsetzung der hier empfohlenen Vorschläge. Ohne diese wird es keinen wirklichen emanzipatorischen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise geben.

## Sofortmaßnahmen auf der Ebene des Finanzwesens im allgemeinen und der Banken im besonderen

Das grundsätzliche Ziel, das im Bankenbereich verfolgt werden muss, ist die Vergesellschaftung des ganzen Bankensektors. Unmittelbar jedoch können sehr konkrete, auch kleinste Maßnahmen Bewegungen, Parteien und Einzelpersonen zu einer gemeinsamen Plattform zusammenführen. Nicht alle dieser Akteure müssen notwendigerweise mit der Enteignung und Vergesellschaftung des Finanzsektors einverstanden sein.

Hier folgt eine Liste von 19 konkreten Maßnahmen.

– *Die Banken sind radikal zu verkleinern*, um das Risiko, das die sogenannten «systemischen Banken» darstellen, nämlich dass sie «zu groß sind, um zu scheitern», zu vermeiden.<sup>5</sup>

– *Trennung der Banken in Depotbanken und Geschäftsbanken*. Das bedeutet auch, dass die Universalbanken (diese mischen die Geschäftsfelder von Depotbanken, Investmentbanken und Versicherungen) zerschlagen und gezwungen werden, rechtlich getrennte Einheiten zu bilden.<sup>6</sup> Die Depotbanken «wären die einzigen Finanzinstitutionen, denen es gestattet ist, Spareinlagen bei den Sparern einzusammeln und von einer staatlichen Garantie zu profitieren (staatliche Garantie der Spareinlagen und Zugang zu der von der Zentralbank vermittelten Liquidität)» (Lamberts 2012). Die Depotbanken wären nur berechtigt, Einzelpersonen, Unternehmen sowie lokalen und nationalen öffentlichen Körperschaften Kredite zu gewähren. Es wäre ihnen verboten, auf den Finanzmärkten aktiv zu sein.

a) Das bedeutet, dass es Depotbanken verboten werden muss, Wertpapiere auszugeben und auf den Sekundärmärkten tätig zu sein; dass Kredite nicht in handelbare Wertpapiere verwandelt werden können; und dass Depotbanken die von ihnen ausgegebenen Kredite bis zur ihrer endgültigen Tilgung in ihrer Buchhaltung belassen müssen. Die Bank, die einen Kredit ausgegeben hat, muss das Risiko tragen.

b) Geschäftsbanken (oder Investmentbanken) müssten ihre Finanzmittel auf den Finanzmärkten aufbringen, um Wertpapiere, Aktien und andere Finanzinstrumente zu emittieren.<sup>7</sup>

c) Wir können auch den Vorschlag von Philippe Lamberts unterstützen, den Anteil der verbrieften Kreditportfolios der Investmentbanken zu begrenzen, indem wir sie zwingen, einen wichtigen Anteil (zum Beispiel 60%<sup>8</sup>) des mit dem Kredit verbundenen Risikos in ihrer Bilanz zu halten. Abgesehen davon wäre es allerdings sicherer, den Depotbanken ganz einfach die Verbriefung der Forderungen zu Wertpapieren zu verbieten.

d) Sehr wichtig ist es zu unterstreichen, dass Investmentbanken in keiner Weise von öffentlichen Garantien profitieren dürfen. Im Konkursfall sind die Verluste vollumfänglich vom privaten Sektor zu tragen, angefangen bei den Aktionären (die mit der Gesamtheit ihres Vermögens haften müssen, siehe dazu weiter unten).

– *Verbot von Derivaten*. Banken und andere Finanzinstitutionen, die sich gegen unterschiedliche Risiken absichern wollen (wie Wechselkurse, Zinssätze, Zahlungsausfälle) müssen dafür auf klassische Versicherungsverträge zurückgreifen.

– *Die Banken sind zu verpflichten, für die Emittierung von Finanzprodukten eine vorherige Bewilligung einzuholen.* Der Europaabgeordnete Philippe Lamberts schlägt vor, Finanzprodukte einer «Emissionsbewilligung» zu unterwerfen. Wie schon ausgeführt, spreche ich mich für das Verbot von Derivaten aus. Im Rahmen der Sofortmaßnahmen unterstütze ich jedoch den Vorschlag von Philippe Lamberts und den der *Fondation Copernic*, der in eine ähnliche Richtung zielt<sup>9</sup>, der verlangt, dass Geschäftsbanken vor der Emission jedes neuen Finanzprodukts (mit Ausnahme der Derivate, die automatisch verboten sind) die Bewilligung der Aufsichtsbehörden einholen.

– *Kreditbeziehungen zwischen Depotbanken und Investmentbanken sind zu verbieten.* Ich stimme mit Frédéric Lordon überein, eine wirkliche «Apartheid» zwischen Depotbanken und Geschäftsbanken durchzusetzen. Eine Depotbank kann demnach in keinem Fall eine Kreditbeziehung zu einer Geschäftsbank unterhalten (Lordon 2013).

– *Beratungstätigkeit und Marktstätigkeit sind voneinander zu trennen.* Ich pflichte auch dem belgischen Ökonomen Eric de Keuleneer bei, der vorschlägt, Beratungstätigkeiten und Marktstätigkeiten zu trennen. «Es ist in der Tat nicht normal, dass die Banken risikante Wertpapiere platzieren und zugleich ihre Kunden über die Qualität dieser Papiere beraten, oder auf Gold spekulieren und gleichzeitig, scheinbar «unbeteiligt», ihren Kunden raten, Gold zu kaufen.» Darum empfiehlt er, die Funktion der Maklergebühr neu zu definieren.

– *Spekulation verbieten.* Wie Paul Jorion vorschlägt, sind Spekulationsgeschäfte zu verbieten. «In Frankreich wurde die Spekulation im Jahr 1885 zugelassen, in Belgien im Jahr 1867. Die Spekulation war übrigens sehr klar gesetzlich definiert: Wetten auf das Steigen oder Sinken eines Finanztitels sollten verboten werden. Mit einem solchen Verbot machen sich Leute, die spekulieren, strafbar. Tun sie das als Mitarbeiter der Bank X oder Y, ändert das nichts an diesem Sachverhalt.»<sup>10</sup> Man kann ergänzen, dass die Banken, die im Auftrag ihrer Kunden oder auf eigene Rechnung spekulieren, verurteilt würden.

Der Erwerb materieller Güter (Rohstoffe, Nahrungsmittel, Grund und Boden, Immobilien...) oder eines Finanztitels (Aktionen, Obligationen oder anderer) mit dem Ziel der Spekulation auf den Preis wäre verboten.

– *Wer soll die Verluste der Banken tragen?*

a) Die unbeschränkte Haftung der Großaktionäre ist wiederherzustellen. Im Konkursfall müssen die Aktionäre (natürliche Personen und Unternehmen bzw. juristische Personen) mit ihrem gesamten Vermögen für die Kosten des Konkurses einstehen.

b) Bis zu einer bestimmten Höhe, beispielsweise bis 300 000 Euro, müssen Vermögen komplett geschützt werden. Ich schlage diesen Betrag als Richtwert zur Diskussion vor.

c) Gemäß Thomas Piketty verfügen in mehreren Ländern in Europas, die einen ähnlichen Lebensstandard wie Frankreich aufweisen, die am wenigsten begüterten 50% der Bevölkerung über ein durchschnittliches Vermögen von 20 000 Euro. Dabei muss man wissen, dass ein großer Teil dieser Haushalte über gar kein Vermögen verfügt oder sogar verschuldet ist.<sup>11</sup> Die wohlhabendsten 40% haben ein durchschnittliches Vermögen von

175 000 Euro (die Spanne reicht von 100 000 bis 400 000 Euro). Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, sagen wir ungefähr 80 %, verfügt also über ein Vermögen von weniger als 300 000 Euro. Der oben genannte Vorschlag schützt also das Vermögen von 80 % der Bevölkerung.

d) In bezug auf die Höhe der garantierten Spareinlagen scheint der folgende Vorschlag der *Fondation Copernic* vernünftig: «Im Falle eines Konkurses müssen die Kunden einer Depotbank in den Genuss einer staatlichen Garantie ihrer Einlagen kommen, und zwar in Höhe des angemessenen Sparbetrags eines mittleren, gutsituierten Haushalts (heute 150 000 Euro).» (*Fondation Copernic*, 2012.) Dieser Betrag sei hiermit ebenfalls zur Diskussion gestellt.

– *Radikale Erhöhung der Eigenmittel der Banken im Verhältnis zur ihrer Bilanzsumme.*<sup>12</sup> Während das Eigenkapital im allgemeinen weniger als 5 % der Bilanzsumme der Bank ausmacht, spreche ich mich für ein gesetzliches Minimum von 20 % aus.

– *Verbot des außerbörslichen Finanzhandels.* Alle Transaktionen auf den Kapitalmärkten müssen registriert, nachvollziehbar, reguliert und kontrolliert sein. Bislang arbeiten die wichtigsten Finanzmärkte auf der Basis von Übereinkünften der Marktteilnehmer, das heißt, sie sind keiner Kontrolle unterworfen; das gilt insbesondere für die Devisenmärkte (5,3 Billionen US Dollar jeden Tag, Toussaint 2013), die Derivatemärkte und die Rohstoffmärkte (Toussaint 2014a).

– *Abschaffung des Bankgeheimnisses.* Die Banken müssen verpflichtet werden, sämtliche Informationen über ihre Verantwortlichen, ihre verschiedenen Geschäftseinheiten, ihre Kunden, die von ihnen ausgeübten Aktivitäten sowie die auf eigene Rechnung und die ihrer Kunden durchgeführten Transaktionen zu veröffentlichen. Die Rechnungslegung der Banken muss dafür lesbar und verständlich sein. Die Aufhebung des Bankgeheimnisses muss eine demokratische Mindestforderung in allen Ländern werden. Die Banken müssen den Steuerbehörden die entsprechenden Informationen zur Verfügung stellen: eine namentliche Liste mit den Empfängern von Zinsen, Dividenden, Erträgen und anderen Finanzeinkommen; Informationen über die Eröffnung, Änderung und Auflösung von Bankkonten, um ein nationales Register der Bankkonten einzurichten; alle Ein- und Ausgänge von Kapital mit der Identität des Auftraggebers.

– *Verbot von Transaktionen mit Steuerparadiesen.* Den Banken sind jegliche Transaktionen mit Steuerparadiesen zu verbieten. Die Nichtbeachtung des Verbots muss mit schweren Sanktionen bestraft werden, die bis zum Einzug der Banklizenz und hohen Geldstrafen reichen.

– *Der Hochfrequenzhandel und das Schattenbankwesen sind zu verbieten.* Die Möglichkeit, Vorgänge aus den Bilanzen auszugliedern, sind streng zu begrenzen.<sup>13</sup> Leerverkäufe und nackte Leerverkäufe sind zu verbieten.

– *Arbeitsbedingungen, Entlohnung, Beschäftigung und Arbeitszeit.* Das Arbeitsplatzvolu-

men im Bankensektor ist zu erhalten. Zwischen Männern und Frauen muss vollständige Lohn- und Gehaltsgleichheit hergestellt werden. Die Gehaltsgruppen müssen neu definiert werden, in der Weise, dass die niedrigsten Einkommen angehoben und die höchsten gedeckelt werden. Es muss einen Höchstlohn geben. Man könnte den Empfehlungen von Plato und Aristoteles folgen, die eine maximale Spreizung der Löhne (und Gehälter) um den Faktor 4 bis 5 vorsah.<sup>14</sup> Das impliziert natürlich eine radikale Senkung der zulässigen Gehälter (einschließlich anderer Bezüge) für das Führungspersonal.<sup>15</sup>

Die willkürlich an die Verkäufe gebundenen Bezüge (Bonis) und andere Prämien ermuntern dazu, Risiken einzugehen, anstatt zu beraten, und müssen zugunsten eines festen Gehalts aufgegeben werden. Die Verkürzung der Arbeitswoche, die weiter unten befürwortet wird, soll im Bankensektor verwirklicht und durch die Einstellung zusätzlichen Personals ausgeglichen werden. Darüber hinaus sind *Benchmarking*<sup>16</sup> und *Lean Management*<sup>17</sup> zu verbieten.

– *Die Sozialisierung der Verluste der Banken und anderer privater Finanzinstitutionen ist zu verbieten.* Behörden und Regierungen muss es verunmöglicht werden, öffentliche Finanzen zu Begleichung privater Schulden einzusetzen.

– *Führungspersonen, die für Delikte und Finanzverbrechen verantwortlich sind, sind konsequent gerichtlich zu verfolgen.* Instituten, die Verbote nicht respektieren und sich der Veruntreuung schuldig machen, ist die Banklizenz zu entziehen.

– *Banken besteuern.* Die Gewinne der Banken müssen strikt den gesetzlichen Bestimmungen der Unternehmensbesteuerung unterworfen werden. Tatsächlich liegt der Steuersatz, den sie gegenwärtig zahlen, weit unterhalb des gesetzlichen Steuersatzes, der an sich schon zu niedrig ist. Der Handel mit Devisen und Wertpapieren muss besteuert werden (Toussaint 2014c). Zusätzlich müssen auch kurzfristige Schulden der Banken besteuert werden, um sie zu langfristigen Finanzierungen anzuregen.

– *Banken auf andere Weise retten.* Dieser Vorschlag geht über die bereits oben erwähnten Vorschläge (unbeschränkte Haftung der Großaktionäre mit ihrem gesamten Vermögen, Garantie der Spareinlagen bis 150 000 Euro, Verbot, private Schulden mit öffentlichen Finanzmitteln zu tilgen) hinaus: Es muss ein Mechanismus für einen ordnungsgemäßen Konkurs der Banken geschaffen werden, mit zwei Strukturen: einer privaten Abwicklungsbank (*bad bank* zulasten der privaten Aktionäre ohne Kostenbeteiligung der öffentlichen Hand) und einer öffentlichen Bank, auf die die Einlagen und die gesunden Aktiva überwiesen werden. Verschiedene Erfahrungen aus der jüngeren Zeit können als Anregung dienen, namentlich die Erkenntnisse aus der isländischen Krise seit 2008.

– *Die bestehenden öffentlichen Banken sind zu stärken und in jenen Ländern, wo sie privatisiert wurden, neu zu schaffen* (dabei sind auch sie natürlich gleichermaßen den oben genannten Maßnahmen zu unterwerfen). In Frankreich hat sich 2013 ein Kollektiv *Pour un Pôle Public Financier au service des Droits!* (Für einen öffentlichen Finanzsektor im Dienste der Rechte!) gegründet.<sup>18</sup> In Belgien, wo die Regierung die letzten öffentlichen

Banken in den 90er Jahren privatisiert hatte, hat der Staat 2011 das Bankgeschäft von Dexia übernommen und hält 100% ihrer Aktien. Die Dexia-Bank wurde in Belfius umbenannt und behält den Status eines Privatunternehmens. Belfius muss aber eine wirklich öffentliche Bank und den oben aufgeführten Maßnahmen unterworfen werden. Der Staat hat dafür 4 Milliarden Euro bezahlt, was selbst die Europäische Kommission für komplett übertrieben hielt. Was hätte man tun müssen? Belfius hätte ohne Kosten für die öffentlichen Haushalte als öffentliche Bank auf der Grundlage der Spareinlagen der Kunden und aller gesunden Aktiva eingerichtet werden müssen. Sie hätte der Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger unterstellt werden müssen. Den Beschäftigten hätten Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatz und Einkommen garantiert und gleichzeitig die Gehälter des Führungspersonals stark reduziert werden müssen. Managern und Direktoren hätte man verbieten müssen, gleichzeitig für eine private Institution zu arbeiten. Die Vorstände von Dexia hätten für die verschiedenen Vergehen, die sie begangen haben, rechtlich belangt werden müssen.

Die praktische Umsetzung der 19 genannten, konkreten Maßnahmen würde einen Fortschritt in der Reform des Bankensektors bedeuten. Doch der private Bankensektor behielte dabei immer noch eine dominante Rolle. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass man kein Vertrauen in die Kapitalisten haben kann, Banken zu besitzen und zu leiten. Wenn durch gesellschaftliche Mobilisierung die oben genannten Maßnahmen durchgesetzt werden können, werden die Kapitalisten mit allen Mitteln versuchen, verlorenes Terrain zurückzugewinnen. Sie werden alle Hebel in Bewegung setzen, um die Regulierungen zu umgehen. Sie werden ihre mächtigen Finanzmittel einsetzen, um die Zustimmung der Parlamentarier und der Regierenden zu kaufen und erneut zu deregulieren und ihre Profit maximal zu steigern, bei Missachtung der Interessen der Mehrheit der Bevölkerung.

## **Vergesellschaftung des Kreditsektors unter Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger**

Die Kapitalisten haben gezeigt, bis zu welchem Grad sie fähig sind, den Gesetzen zuwiderzuhandeln und Risiken einzugehen, ohne die Folgen zu tragen, nur um ihre Gewinne zu steigern. Ihre Tätigkeit kostet die Gesellschaft regelmäßig einen hohen Preis. Die Gesellschaft, die wir aufbauen wollen, hat als Leitbild Gemeinwohl, soziale Gerechtigkeit und die Wiederherstellung ausgeglichener Beziehungen zwischen den Menschen und der übrigen Natur. Aus diesen Gründen muss der Kreditsektor vergesellschaftet werden. Frédéric Lordon schlägt dazu «eine vollständige Entprivatisierung des Kreditsektors» vor (Lordon 2012: 242).

Den Kreditsektor vergesellschaften bedeutet:

- die entschädigungslose (oder höchstens symbolische Entschädigung mit einem Euro) Enteignung der Großaktionäre; Kleinaktionäre werden entschädigt;
- die Überführung des gesamten Bankensektors in den öffentlichen Dienst, mit Ausnahme der kleiner Genossenschaftsbanken; für diese gelten dieselben Regeln wie für die öffentlichen Banken;

- die Schaffung eines Netzwerks öffentlicher Spar-, Kredit- und Investitionsbanken mit kleinen, bürgernahen Standorten;
- die Festschreibung der Ziele und Maßnahmen in einer unter Beteiligung von Bürgervertretern ausgearbeiteten Charta;
- Transparenz in der Kontenbuchführung, die der Öffentlichkeit allgemeinverständlich dargelegt werden muss.

Ich bevorzuge den Begriff «Vergesellschaftung» gegenüber dem der «Nationalisierung» oder «Verstaatlichung» um klarzustellen, wie entscheidend die Kontrolle durch die Bürger ist. Kontrolle bedeutet, dass die Beschlüsse von Führungskräften, Vertretern der Angestellten, der Kunden, der Vereine, Gemeindeabgeordnete sowie Vertreter nationaler und regionaler Bankgremien gemeinsam gefasst werden. Wie die Bürger eine aktive Kontrolle ausüben können, kann nur auf demokratischem Weg festgelegt werden. Die Beschäftigten im Bankensektor müssen ermutigt werden, die Bankgeschäfte zu kontrollieren und sich an der Organisation der Arbeit aktiv zu beteiligen. Die Geschäftsleitungen der Banken müssen jährlich einen öffentlichen Tätigkeitsbericht vorlegen. Es muss ein bürgernaher und qualitativ hochwertiger Bankdienst gefördert werden, der mit der derzeitigen Auslagerungspolitik bricht. Das Personal der Finanzinstitute muss ermutigt werden, die Kundschaft wirklich zu beraten und mit aggressiven Geschäftspraktiken zu brechen.

Die Vergesellschaftung des Bankensektors und seine Überführung in den öffentlichen Dienst ermöglicht:

- die Bürger und die öffentlichen Einrichtungen der Macht der Finanzmärkte zu entziehen;
- die Projekte der Bürger und der öffentlichen Hand zu finanzieren;
- die Bankgeschäfte dem Gemeinwohl zu widmen, unter anderem mit dem Auftrag, den Übergang von einer kapitalistischen und produktivistischen zu einer sozial und ökologisch ausgerichteten Wirtschaft zu erleichtern.

Patrick Saurin schreibt hierzu: «Heute geht es nicht mehr darum, die Verluste der Banken zu vergesellschaften, sondern den Bankbetrieb selbst, in seinem vollen Umfang» (Saurin 2013; Sud groupe BPCE 2012).

## **Vergesellschaftung des Versicherungswesen und seine Eingliederung in den öffentlichen Dienst**

Angesichts der Verflechtung der Banken- und Versicherungstätigkeiten im Rahmen der Universalbanken, angesichts der Tatsache, dass die großen Versicherungsgruppen genauso abenteuerliche Verhaltensweisen an den Tag legen wie die Banken und dazu noch ohne, wie diese, an viele Regelungen gebunden zu sein, ist es angebracht, auch den privaten Versicherungssektor zu vergesellschaften. Hier sei daran erinnert, dass in Frankreich nach der Verstaatlichung der Großbanken Ende 1945 dem Programm des Nationalrats der Résistance folgend im April 1946 auch die Versicherungsgesellschaften verstaatlicht wurden.



## **Weitere Maßnahmen für einen Ausweg aus der Krise zugunsten der breiten Mehrheit der Bevölkerung**

Der Abbau der Fehlbeträge im öffentlichen Haushalt ist kein Ziel an sich. Tatsächlich können unter bestimmten Umständen Fehlbeträge dazu genutzt werden, einen Wiederaufschwung der Wirtschaftstätigkeit herbeizuführen und die Lebensbedingungen der Opfer der Krise zu verbessern. Sobald die Wirtschaftstätigkeit wieder in Gang gekommen ist, darf der Abbau der öffentlichen Haushaltsdefizite nicht über die Senkung der öffentlichen Ausgaben für Soziales finanziert, sondern muss durch erhöhte Steuereinnahmen geleistet werden: indem Steuerbetrug im großen Stil bekämpft und die Gewinne der Großbetriebe, Kapitaleinkommen, Privatvermögen und Privateinkommen der reichen Haushalte besonders besteuert werden. Im übrigen ist es durchaus möglich, die Einnahmen aus Abgaben und Steuern zu erhöhen und dabei die Steuerlast für die Einkommen und Vermögen der unteren 50% zu verringern.

Das Defizit kann auch abgebaut werden, indem die Ausgaben für die Rückzahlung illegitimer, untragbarer, verwerflicher und/oder illegaler öffentlicher Schulden radikal gekürzt werden. Auch die Rüstungsausgaben und andere gesellschaftlich nutzlose und für die Umwelt schädliche Ausgaben (Bau neuer Flughäfen, neuer Autobahnen usw.) müssen eingeschränkt werden.

Im Gegenzug ist es unumgänglich, die Sozialausgaben zu erhöhen, besonders um den Wirkungen der Wirtschaftsflaute entgegenzutreten. Dasselbe gilt für erneuerbare Energien und Infrastrukturausgaben wie öffentliche Transportmittel, Erziehungs- und Gesundheitswesen. Eine Politik des wirtschaftlichen Aufschwungs durch Stärkung der Nachfrage der öffentlichen Hand und der Massenhaushalte verbessert auch die Steuereinnahmen.

Jenseits einer Politik zur Förderung der Erwerbstätigkeit und der Wirtschaft sollte die Krise aber auch als Chance gesehen werden, mit der kapitalistischen Logik zu brechen und eine radikale Veränderung der Gesellschaft einzuleiten. Die neue Logik, die es zu entwickeln gilt, muss mit dem Produktivismus brechen, ökologische Grundsätze durchsetzen, die verschiedenen Formen der Unterdrückung (rassistische, patriarchalische...) abschaffen und Gemeingüter fördern.

Zu diesem Zweck muss eine breite Front gegen die Krise und gegen die Sparpolitik aufgebaut werden, sowohl international als auch lokal, damit Energien für die Schaffung eines Kräfteverhältnisses gebündelt werden, das die praktische Umsetzung radikaler, auf soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz orientierter Lösungen ermöglicht.

## **Kürzungspläne stoppen – sie sind ungerecht und verschärfen die Krise**

Die unsoziale Austeritätspolitik zu beenden ist oberste Priorität. Die Regierungen müssen durch Kundgebungen auf der Straße, auf den öffentlichen Plätzen, durch Streiks, durch die Ablehnung von Steuern und ungerechten Abgaben für die kleinen Haushalte gezwungen werden, ihre Kürzungspläne aufzugeben.

## **Streichung der illegitimen, untragbaren, verwerflichen und/oder illegalen öffentlichen Schulden**

In mehreren Ländern haben Bürgeranhörungen zu den Schulden zu breiten und anregenden Diskussionen geführt, die klären, welche öffentlichen Schulden nicht getilgt werden sollen.<sup>19</sup> Ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder Endgültigkeit können folgende Definitionen angeführt werden:

a) Illegitime öffentliche Schulden sind Schulden, die von der öffentlichen Hand ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl aufgenommen wurden.

b) Illegale Schulden sind Schulden, die rechtswidrig oder verfassungswidrig aufgenommen wurden.

c) Verwerfliche öffentliche Schulden entstehen aus Krediten an autoritäre Regime oder aus Krediten, die verwerflich sind, weil sie Bedingungen diktieren, die die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, Bürger- oder politischen Rechte all jener verletzen, die für die Rückzahlung aufkommen sollen.

d) Untragbare öffentliche Schulden sind solche, deren Rückzahlung die Bevölkerung eines Landes zu Armut, Verfall des öffentlichen Gesundheits- und Bildungswesens, Anstieg der Arbeitslosigkeit, ja sogar zu Unterernährung verurteilt. Kurz, es sind Schulden, deren Rückzahlung die Verletzung fundamentaler Menschenrechte bedeutet. Oder anders gesagt: Es sind Schulden, deren Rückzahlung es der öffentlichen Hand unmöglich macht, die grundlegenden Menschenrechte zu gewährleisten.

Die Durchführung von Anhörungen über die öffentliche Verschuldung durch die Bürger oder unter Kontrolle der Bürger, in manchen Fällen kombiniert mit der einseitigen und souveränen Aussetzung der Schuldentrückzahlung, ermöglicht die Streichung bzw. Abschaffung der illegitimen, verwerflichen; untragbaren und/oder illegalen Staatsschuld und wird die Restschuld stark verringern.

Die im Zuge der Bankenrettung angehäuften öffentlichen Schulden sind wegen der Art und Weise ihrer Entstehung typische illegitime Schulden. Man kann nicht ausschließen, dass sie in manchen Ländern illegal sein können. Sie können auch untragbar sein, wie die Entwicklung in Griechenland, Zypern, Irland deutlich zeigt.

Die von der Troika von Griechenland, Portugal, Irland und Zypern eingeforderten Schulden sind gleichzeitig illegitim (sie wenden sich gegen das Gemeinwohl), verwerflich (sie werden vom Gläubiger – der Troika – oktroyiert, verletzen Vertragsbeziehungen sowie wirtschaftliche und soziale Rechte), untragbar (angesichts der dramatischen Verschlechterung der Lebensumstände eines Großteils der Bevölkerung) und in manchen Fällen illegal (wie in Griechenland, wo unter dem Druck der Troika und mit Beihilfe der Regierung ein Verfassungsbruch begangen wurde).

*Warum die öffentlichen Schulden reduzieren?* Warum muss der verschuldete Staat seine Staatsschulden über den Weg der Streichung illegitimer Schulden radikal senken? Zunächst aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen, die jeder verstehen und nachvollziehen kann. Um die Krise zu bewältigen, genügt es nicht, die Wirtschaft über die öffentliche und private Nachfrage anzukurbeln. Würde man sich mit einer solchen Ankurbelungspolitik in Verbindung mit einer Steuerreform, die auf Umverteilung abzielt, begnügen, würden die zusätzlichen Steuereinnahmen weit-

gehend durch die Rückzahlung der öffentlichen Schulden aufgeessen. Der Beitrag, der den reichsten Haushalten und den großen privaten Unternehmen abverlangt würde, würde zum größten Teil durch die Erträge ausgeglichen, die diese aus den Staatsanleihen erzielen, deren wichtigste Anleger und Profiteure sie sind (deswegen wollen sie ja auch nichts von einer Streichung der Schulden hören). Somit ist klar, dass ein Großteil der Staatsschulden gestrichen werden muss.

Der Umfang der Schuldenstreichung wird von den Besonderheiten der öffentlichen Verschuldung in jedem Land abhängen, vom Maß an Bewusstsein der betroffenen Bevölkerung (hier spielen die Bürgeranhörungen eine zentrale Rolle), von der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Krise und besonders vom konkreten Kräfteverhältnis, das auf der Straße, den öffentlichen Plätzen und am Arbeitsplatz bei den derzeitigen und künftigen Mobilisierungen entsteht. In Ländern wie Griechenland, Portugal, Irland, Spanien und Zypern ist die Frage der Schuldenstreichung von allerhöchster Aktualität. Für Länder wie Deutschland, die Niederlande, Frankreich, Belgien, Österreich, Großbritannien oder den USA ist die Frage heute (noch) nicht drängend. Aber früher oder später werden die meisten Länder damit konfrontiert sein, dass die weitere Bedienung der Schulden untragbar wird.

*Schuldenmoratorium.* Für Länder die bereits von Spekulanten, dem IWF und anderen Einrichtungen wie der Europäischen Kommission erpresst werden, empfiehlt es sich, ein einseitiges Moratorium für die Rückzahlung der öffentlichen Schulden auszurufen. In Ländern, die von der Krise am stärksten betroffen sind, wird dieser Vorschlag immer beliebter. Ein solch einseitiger Zahlungsaufschub muss mit einer Bürgeranhörung über die Staatsschulden kombiniert werden. Die Anhörung soll ermöglichen, der Öffentlichkeit Beweise und Argumente für die Zurückweisung des als illegitim eingestuften Teils der Schulden vorzulegen. Wie das CADTM in verschiedenen Publikationen gezeigt hat, bieten das internationale wie auch nationales Recht den Ländern eine legale Basis für ein solches einseitiges souveränes Vorgehen (Lamarque & Vivien 2011a, 2011b).

Verweigerung des Schuldenerlasses bei antisozialen Gläubigerbedingungen. Von Gläubigern durchgesetzte Schuldenerlasse können wegen ihrer schwerwiegenden Folgewirkungen nicht unterstützt werden. Der Plan eines teilweisen Schuldenerlasses für Griechenland vom März 2012 ist an Maßnahmen geknüpft, die die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der griechischen Bevölkerung und die Souveränität des Landes mit Füßen treten (CADTM 2012). Dieser Erlass war eine Operation, die privaten ausländischen Banken (vor allem französischen und deutschen) die Möglichkeit verschaffen sollte, sich aus dem Geschäft herauszuziehen und ihre Verluste zu begrenzen, während die privaten griechischen Banken sich auf Staatskosten rekapitalisieren konnten und der Einfluss der Troika auf Griechenland zementiert wurde. 2009 machte die griechische Staatsverschuldung noch 130 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus; nach der teilweisen Streichung der Schulden im Jahr 2012 erreichte sie 157 % und 2013 ein neues Rekordhoch mit 175 %! Die Operation Schuldenerlass für Griechenland darf deshalb so nicht weitergehen. Ihr muss eine Alternative gegenübergestellt werden: die Streichung der Schulden, das heißt ihre Annullierung durch das Schuldnerland, was ein völlig legitimer, einseitiger souveräner Akt ist.

*In der Anhörung sollen die Verantwortlichen für die illegitime, verwerfliche, untragbare*

*und/oder illegale Verschuldung festgestellt werden.* Mit der Bürgeranhörung sollen die Verantwortlichen für den Verschuldungsprozess festgestellt und, national wie international, dazu gezwungen werden, sich der Justiz zu stellen. Sollte die Anhörung Hinweise auf Straftaten in Zusammenhang mit der illegitimen Verschuldung geben, müssen ihre Urheber (natürliche oder juristische Personen) streng bestraft und zu Entschädigungszahlungen verurteilt werden; sie dürfen keine Berufe im Kreditwesen mehr ausüben (den schuldigen Banken könnte die Banklizenz entzogen werden) und je nach der Schwere ihrer Vergehen dürfen sie einer Gefängnisstrafe nicht entgehen. Behörden, die illegitime Darlehen vergeben haben, müssen sich vor Gericht verantworten.

*Wer zahlt die Rechnung für den Schuldenerlass?* Es ist jedenfalls legitim, dass private Institutionen und Personen mit hohem Einkommen, die Wertpapieranteile an den Schulden halten, auch die Last der Streichung der souveränen illegitimen Schulden tragen, denn sie haben die Krise, von der sie noch dazu profitiert haben, maßgeblich zu verantworten. Dass sie diese Kosten tragen müssen, ist nur fair und führt wieder zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

Daher ist es wichtig, die Inhaber der Staatsschuldspapiere zu identifizieren, um diejenigen unter ihnen zu entschädigen, die über geringe oder mittlere Einkommen verfügen. Das beste Mittel sie zu identifizieren ist, die Zinszahlungen an sie einzustellen, denn dann müssen sie sich melden, um einen Ansprüche geltend zu machen. Der Staat könnte auf diese Weise die Inhaber kleinerer Staatsanleihen vollständig ausbezahlen, denn es ist «im Rahmen der Streichung der öffentlichen Schulden angebracht, die kleinen Sparer zu schützen, die ihre Ersparnisse in Staatsanleihen angelegt haben, genauso wie Arbeitnehmer und Rentner, deren Sozialabgaben (für Rente, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Familie) von den Kassen zum Teil in derartige Titel investiert wurden» (Coutrot et al. 2013). Der Teil der Staatsschuld, der sich als legitim herausstellt, wird gesenkt werden, indem die Profiteure zur Kasse gebeten werden – etwa durch eine progressive Sondersteuer auf die Einkommen und das Vermögen des reichsten Zehntels der Bevölkerung. Damit kann ein Teil der als legitim erachteten Staatsschuld vorzeitig getilgt werden. Aber auch andere Regelungen sind denkbar.

*Zusätzliche Maßnahmen zur Schuldentilgung.* Der Teil des Staatshaushalts, der zur Schuldentilgung vorgesehen ist, soll – abhängig von der Wirtschaftslage, von den Möglichkeiten der öffentlichen Hand, die Schulden zu bedienen, und von der Höhe der Sozialleistungen, die nicht reduziert werden dürfen – gedeckelt werden. Als Anregung sollte hier dienen, wie mit der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg verfahren wurde: Das Londoner Abkommen von 1953 hat die Höhe der Schulden um 62% reduziert, vor allem mit dem Argument, das Verhältnis zwischen Schuldentilgung und Exporteinnahmen dürfe 5% nicht übersteigen (Toussaint 2006: Kapitel 4). Man könnte etwa ein solches Verhältnis definieren: Die Schuldenrückzahlung darf 5% der Staatseinnahmen nicht überschreiten.

Außerdem muss ein gesetzlicher Rahmen geschaffen werden, um eine Wiederholung der Krise von 2007/2008 zu vermeiden: durch das Verbot der Sozialisierung privater Schulden; die Verpflichtung, die Verschuldung der öffentlichen Hand unter permanente Anhörung der Bürger zu stellen; die Unverjährbarkeit von Delikten im Zusammenhang mit illegitimer Verschuldung; die Nichtigkeit der illegitimen Verschuldung; die Verab-

scheidung einer goldenen Regel die besagt, dass öffentliche Ausgaben, die elementare Menschenrechte garantieren, nicht eingeschränkt werden können und Vorrang haben vor der Rückzahlung der Schulden. Wie man sieht, besteht an Alternativen kein Mangel.

### **Annullierung der privaten illegitimen oder/und illegalen Schulden**

Die privaten Banken haben weltweit die Immobilienspekulation angeheizt und Millionen Familien bei der Vermittlung von Hypothekenkrediten getäuscht. Als die Blase platzte und die Zahlungsausfälle immer häufiger wurden, haben die privaten Banken Pfändungen und Zwangsräumungen veranlasst. Dies geschah in den USA, Spanien, Irland, Island und in mehreren Ländern Zentral- und Osteuropas. Es muss erreicht werden, dass den hunderttausenden betroffenen Familien die illegitimen, ja sogar illegalen Schulden erlassen werden. Es muss auch dafür gesorgt werden, dass sie ihre Wohnungen nicht räumen müssen.

Banken und Privatuniversitäten haben hunderttausende Studenten getäuscht, indem sie ihnen Studentenkredite zu unzulässigen und illegitimen Bedingungen aufgedrängt haben. Erinnern wir uns, dass die Studierenden in den USA heute zusammen mit rund einer Billion Dollar verschuldet sind. Auch hier muss es Maßnahmen zum Schuldenerlass geben.

### **Erhöhung der Ressourcen der öffentlichen Hand und Reduktion der Ungleichheiten durch die Einführung von Steuergerechtigkeit**

Seit 1980 sinken die direkten Steuern auf die höchsten Einkommen und auf die größten Unternehmen. Es handelt sich um Steuererleichterungen in Höhe von mehreren hundert Milliarden Euro, die weitgehend zur Spekulation eingesetzt wurden und zur Anhäufung des Reichtums der Reichsten geführt haben. Seit 1975–1980 steigt der Trend zur Ungleichheit, wobei das eine Prozent und die 10 % der Reichsten ihren Anteil am Gesamtvermögen immer mehr ausbauen.

Im Jahr 2010 besaß in Europa das reichste 1 % der Bevölkerung 25 % des Volksvermögens. Das ist im großen und ganzen die Kapitalistenklasse. Erweitert man die Studie auf die reichsten 10 % der Bevölkerung, sind schon 60 % des Gesamtvermögens in den Händen dieser Minderheit. Diese hinzugefügten 9 % sind im weitesten Sinne das Umfeld oder die Verbündeten der kapitalistischen Klasse. Die restlichen 90 % mussten sich mit 40 % des Vermögens zufrieden geben. Und die bescheidensten 50 % der Bevölkerung besaßen nur 5 % des Vermögens (Toussaint 2014b).

Was hier über die Europäische Union gesagt ist, lässt sich auch auf den Rest der Welt ausdehnen: von Nord nach Süd sind wir Zeugen einer beeindruckenden Zunahme des Vermögens der Reichsten.

Wir könnten uns auch auf eine noch kleinere Minderheit konzentrieren. Das erste 20millionstel der reichsten erwachsenen Bevölkerung auf unserem Globus bestand im Jahr 1987 aus 150 Personen, mit jeweils einem Durchschnittsvermögen von 1,5 Milliarden Dollar. Sechzehn Jahre später, im Jahr 2013, bestand das reichste 20millionstel aus 225 Personen mit durchschnittlich jeweils 15 Milliarden US-Dollar – also ein Plus von

6,4% pro Jahr (Piketty 2013: 692). Das reichste Tausendstel der Weltbevölkerung (0,1%) besitzt 20% des Weltvermögens, 1% besitzt 50%. Das Erbe der reichsten 10% schätzt Thomas Piketty auf 80–90% des gesamten Weltvermögens, die 50% der am wenigsten Vermögenden besitzen sicherlich weniger als 5%. Das gibt eine Idee vom Umfang der zu verwirklichenden Neuverteilung. Hier muss ein sehr großer Anteil des Vermögens der Reichsten beschlagnahmt werden.

Doch kommen wir auf Europa zurück. Es braucht eine tiefgreifende Reform des Steuersystems im Interesse der sozialen Gerechtigkeit (Einkommen und Vermögen der Reichsten müssen verringert werden, um jenes der Bevölkerungsmehrheit zu erhöhen). Die Steuern sind auf europäischer Ebene zu harmonisieren, um Steuerdumping zu verhindern.<sup>20</sup> Das Ziel ist eine Erhöhung der Staatseinnahmen, insbesondere durch progressive Besteuerung der Einkommen der Reichsten (der Spitzensteuersatz für die Einkommensteuer kann auf 90% oder sogar 100% erhöht werden<sup>21</sup>), der Vermögen ab einer bestimmten Höhe und der Unternehmensgewinne.

Im Jahr 2013 betrug das BIP der EU etwa 1,4 Billionen Euro. Das gesamte Privatvermögen der europäischen Haushalte beträgt etwa 70 Billionen Euro. Das reichste 1% besitzt davon etwa 17,5 Billionen Euro (25% von 70 Billionen Euro). Die folgenden 9% besitzen 24,5 Billionen (35%). Die 40% in der Mitte besitzen 24,5 Billionen (35%). Die restlichen 50% besitzen 3,5 Billionen (5%).

Das Jahresbudget der Europäischen Kommission beträgt etwa 1% des BIP der EU. Dies bedeutet, dass eine jährliche Steuer von 1% auf das Vermögen der reichsten 1% in der EU 175 Milliarden Euro einbringen könnte, mehr als der aktuelle EU-Haushalt, der auf etwa 145 Milliarden kommt. Wie wäre es mit einer 5%igen Steuer? Die Zahlen geben eine Vorstellung von dem, was möglich ist, wenn soziale Mobilisierung eine radikale Änderung der Politik auf europäischer Ebene erzwingt, oder auch nur auf der Ebene eines einzelnen EU-Landes.

Eine einmalige Steuer (die nur ein einziges Mal in einer Generation erhoben wird) von 33% auf das Vermögen der reichsten 1% in der EU würde ungefähr 6 Billionen Euro bringen (also 40mal das Volumen des Jahreshaushalts der EU!). Was würde man zu einer Enteignungsrate von 80% sagen?

Daran lässt sich ermesen, was durch Besteuerung des privaten Reichtums der Kapitalisten möglich wird. Es sollte seinen Niederschlag in konkreten Vorschlägen finden, um das Geld dort zu holen, wo es ist, und es in den Dienst der sozialen Gerechtigkeit zu stellen.

Viele Ökonomen wiederholen regelmäßig, eine erhöhte Besteuerung der Reichsten sei sinnlos, da es nur wenige Reiche gebe. Doch hat das 1% im Laufe der Zeit eine solche Menge an Besitzgütern, Immobilien und Kapitalerträgen angesammelt, dass eine auf das reichste 1% oder die reichsten 2,5% (oder sogar die reichsten 10%) gezielte Politik einen großen Handlungsspielraum verschaffen kann, um mit dem Neoliberalismus zu brechen.

Denen, die sagen, dass diese Vermögen nicht zugänglich sind, weil sie leicht über die Grenzen gebracht werden können, sollte man entgegenhalten, dass es mächtige Werkzeuge gibt, die sich sehr gut einsetzen lassen: etwa die Beschlagnahmung oder Einfrie-

rung von Finanzguthaben, hohe Geld- und Haftstrafen gegen Banken, die an der Kapitalflucht mitschuld sind, und die Kontrolle des Kapitalverkehrs.<sup>22</sup>

Die Zunahme der Einnahmen muss Hand in Hand gehen mit einem raschen Rückgang der Preise für elementare Lebensmittel und Dienstleistungen (Grundnahrungsmittel, Wasser, Strom, Heizung, öffentlicher Verkehr, Schulmaterial...) – vor allem durch eine starke und gezielte Reduzierung der Mehrwertsteuer auf diese lebenswichtigen Güter und Dienstleistungen. Ebenso sollte man den Hauptwohnsitz von der Grund- und Immobiliensteuer befreien, jedenfalls unterhalb einer gewissen Schwelle, um die Steuerlast für die 60 % oder 70 % weniger wohlhabende Bevölkerung sofort zu reduzieren. Außerdem muss eine Finanzpolitik entwickelt werden, die den Umweltschutz fördert, indem sie umweltschädliche Industrien abschreckend hoch besteuert.

### **Legitime staatliche Kreditaufnahme**

Ein Staat muss in der Lage sein, Geld aufzunehmen, um die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern, z. B. indem gesellschaftlich nützliche Arbeit geleistet und in erneuerbare Energien investiert wird. Einige dieser Arbeiten können auf der Grundlage entsprechender politischer Entscheidungen aus dem laufenden Haushalt finanziert werden. Staatsverschuldung kann auch größere Projekte ermöglichen, bspw. den Abschied von der Automobilgesellschaft und den massiven Ausbau des umweltfreundlichen, öffentlichen Personenverkehrs; oder die endgültige Stilllegung der Kernkraftwerke und ihre Ersetzung durch erneuerbare Energien; oder die Schaffung eines Nahverkehrsnetzes der Bahn im ganzen Land, angefangen bei den urbanen und semiurbanen Räumen; oder auch die Sanierung und den Bau öffentlicher Gebäude und Sozialwohnungen mit hochwertiger Ausstattung, um den Energieverbrauch zu reduzieren...

Es muss eine transparente Politik der öffentlichen Kreditaufnahme geben: *Erstens* müssen öffentliche Kredit einer Verbesserung der Lebensbedingungen dienen, die mit der Logik der Umweltzerstörung bricht. *Zweitens* muss die öffentliche Kreditaufnahme zu einer Umverteilung beitragen, um soziale Ungleichheiten zu verringern. Aus diesem Grund sollten Finanzinstitute, große private Unternehmen und wohlhabende Haushalte gesetzlich dazu gezwungen werden, bis zu einer bestimmten Höhe, die proportional ist zu ihrem Vermögen und Einkommen, Staatsanleihen zu einer Verzinsung von 0 % und nicht inflationsgebunden zu kaufen. Der Rest der Bevölkerung hingegen soll freiwillig Staatsanleihen erwerben können, die eine positive reale Rendite (z. B. 3 % über der Inflationsrate) garantieren. Bei einer jährlichen Inflationsrate von 3 % läge der Nominalzins bei 6 %.

Eine solche Maßnahme der positiven Diskriminierung (vergleichbar mit den Maßnahmen, die im Kampf gegen rassistische Unterdrückung in den USA, gegen das Kastensystem in Indien oder die Ungleichheit der Geschlechter angewendet wurden) wird zu mehr Steuergerechtigkeit und zu einer weniger ungleichen Verteilung des Reichtums führen.

Darüber hinaus müssen die Zentralbank eines jeden Landes und die EZB (im Fall der Euro-Länder) den Staatshaushalt zu einem Zinssatz nahe Null finanzieren.

## **Förderung und Ausbau des öffentlichen Dienstes**

Der Ausbau der öffentlichen Dienste im Laufe des 20. Jahrhunderts bis zur neoliberalen Wende der 80er Jahre ist einer der größten gesellschaftlichen Fortschritte. Es geht nun nicht nur darum, diese öffentlichen Dienste zu verteidigen, sondern sie auch auf Branchen, die bereits privatisiert wurden, auszudehnen und sie darüber hinaus in Bereichen durchzusetzen, wo es sie bislang nicht gab. Die Schulbildung, die Gesundheit, der öffentliche Verkehr, die Telekommunikation, Internet, Radio, Fernsehen, die Post, Wasser und Abwasser, Müllabfuhr und Abfallentsorgung, die gemeindenahere Krankenversorgung und Pflege, die öffentliche Verwaltung, die verschiedenen Dienstleistungen der lokalen und regionalen Behörden, die Feuerwehr, der Katastrophenschutz sind Bereiche, in denen öffentliche Dienste eine entscheidende Rolle spielen oder gar ein Monopol haben müssen. Ich befürworte die Ausweitung der öffentlichen Dienste auf den Banken- und Versicherungssektor. Ich füge dem auch noch den Energiesektor hinzu, das ist unerlässlich, wenn wir die Energiewende gewährleisten wollen.

Die öffentlichen Dienste sollten ausreichend Mittel erhalten, um ihre Aufgabe zu erfüllen und ihre Beschäftigten anständig zu bezahlen. Die Vergütung, die Rechte der Beschäftigten, die Sicherheit des Arbeitsplatzes und die Arbeitsbedingungen müssen verbessert werden. Bürgerkontrolle ist auch wichtig, um die Qualität der Dienstleistungen zu verbessern. Die Unternehmen und Branchen, die dem Privatsektor überlassen wurden, sind zu entprivatisieren.

## **Stärkung des Rentenumlagesystems**

Eine weitere große Errungenschaft des 20. Jahrhunderts, das umlagefinanzierte Rentensystem (die erste Säule), ist zu stärken, die zweite und dritte Säule sind schrittweise zu eliminieren. Die Anhebung des Renteneintrittsalters müssen wir zurückweisen. Das ist durchaus möglich, wenn der erste Pfeiler gestärkt wird und wenn wir dank der Verkürzung der Arbeitszeit in allen Bereichen und des Ausbaus des öffentlichen Dienstes die Zahl der Arbeitsplätze und damit die Zahl der Beitragszahlenden erhöhen können.

## **Drastische Reduzierung der Arbeitszeit, um Vollbeschäftigung und eine Einkommenspolitik durchzusetzen, die soziale Gerechtigkeit schafft**

Eine andere Verteilung des Reichtums ist die beste Antwort auf die Krise. Der für die Lohnabhängigen bestimmte Anteil am produzierten Reichtum (die Lohnquote) ist in den letzten Jahrzehnten stark gesunken, während Gläubiger und Unternehmen ihre Gewinne gesteigert haben und sie für Spekulationen verwenden. Würde man die Löhne erhöhen, würde man nicht nur den Menschen ein Leben in Würde ermöglichen, sondern auch die Mittel verstärken, die dazu dienen, die soziale Sicherheit und die Pensionspläne zu finanzieren.

Durch die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnverlust und bei Schaffung von neuen Arbeitsplätzen verbessert sich die Lebensqualität der Lohnabhängigen und es werden Arbeitsplätze für diejenigen geschaffen, die sie brauchen. Eine radikale Verkürzung der Ar-



beitszeit bietet auch die Möglichkeit, einen anderen Lebensrhythmus und eine andere Art Gesellschaft zu leben, weg vom Konsum und der Kommerzialisierung der sozialen Beziehungen. Die neu gewonnene Freizeit soll eine zunehmend aktive Beteiligung der Menschen am politischen Leben, die Stärkung der Solidarität, ehrenamtliche Aktivität und kulturelles Schaffen ermöglichen – also die «lebensnotwendigen Güter», wie es antillische Intellektuelle in einem Manifest im Frühjahr 2009 nannten. Anstelle der alten verdinglichten Fantasie, die durch die Ware entfremdet wurde, geht es darum, eine neue Vorstellungswelt zu konstruieren.

Der gesetzliche Mindestlohn, die Durchschnittsgehälter und die Sozialleistungen müssen deutlich angehoben werden. Im Gegenzug muss es streng geregelte Einkommensobergrenzen für Unternehmensführer, private wie öffentliche, geben, denn deren Vergütungen haben unakzeptable Höhen erreicht. Bonuszahlungen, Aktienoptionen, viel zu hohe Renten und andere besondere und ungerechtfertigte Vorteile gehören verboten. Es ist angebracht, ein gesetzliches Höchstgehalt einzuführen.

Ich empfehle eine maximale Lohn- und Gehaltsspreizung von 1:4, bei Erfassung sämtlicher Einkommen einer Person, um sie besteuern zu können.

## Die Infragestellung des Euro

Die Debatte über den Ausstieg aus der Eurozone ist für eine ganze Reihe von Ländern wie Griechenland absolut notwendig. Es ist klar, dass der Euro für Griechenland, Portugal, Zypern, Irland oder auch Spanien eine Zwangsjacke ist. Wenn wir dieser Debatte dennoch nicht die gleiche Aufmerksamkeit wie anderen Vorschlägen für eine Alternative schenken, dann deshalb, weil die Debatte quer durch die sozialen Bewegungen und die linken Parteien geht und sie spaltet und auch, weil es sehr viele Seiten Papier bedürfte, um das Problem von allen Seiten zu beleuchten. Sollten Länder die Eurozone verlassen, müssen sie sich zwischen einem rechten und einem linken Austritt entscheiden, wie Costas Lapavistas (2013) sagt. Unser zentrales Anliegen ist es, gesellschaftliche und politische Kräfte um die weiter oben genannten, lebenswichtigen Themen zusammenzuführen, insbesondere in der Frage des Umgangs mit den Banken und den Schulden, indem wir, zumindest vorübergehend, beiseite lassen, was uns trennt.

## Ein anderes Europa: Die aktuellen Verträge durch einen echten verfassungsgebenden Prozess der Bevölkerungen ersetzen

Mehrere Bestimmungen in den Verträgen über die EU, die Eurozone und die EZB müssen aufgehoben werden. Zum Beispiel müssen Artikel 63 und 125 des Vertrags von Lissabon abgeschafft werden, die jede Art von Kontrolle des Kapitalverkehrs und jede mögliche Unterstützung für einen Staat in Schwierigkeiten verbietet. Man muss auch den Stabilitäts- und Wachstumspakt abschaffen. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) muss beseitigt werden.

Geldpolitik, Statut und Praxis der EZB sind vollständig zu überprüfen. Die Regierungen und die EU, die die EZB ins Leben gerufen haben, haben sich hier mit einem zusätzlichen Werkzeug ausgestattet, mit dem sie die sozialen und demokratischen Errungen-

schaften zerstören können. Die EZB und die Zentralbanken der Mitgliedstaaten müssen in der Lage sein, Staaten direkt zu finanzieren, die bestrebt sind soziale und ökologische Ziele zu erreichen, die den Grundbedürfnissen der Bevölkerung entsprechen.

*Die geltenden Verträge müssen aufgehoben und durch neue ersetzt werden, im Rahmen eines wirklichen demokratischen Verfassungsprozesses.* Das beinhaltet die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts, gefolgt von einem Referendum über die neue vorgeschlagene Verfassung. Wir brauchen einen Pakt der Solidarität zwischen den Völkern, für Demokratie, Arbeit und die ökologische Wende.

Ein Europa, das auf Solidarität und Zusammenarbeit aufgebaut ist, muss Wettbewerb und Konkurrenz, die ein Spirale nach unten in Gang halten, den Rücken kehren. Die neoliberale Logik hat uns in die Krise geführt und ist offensichtlich gescheitert. Sie hat die sozialen Indikatoren nach unten gedrückt: weniger soziale Sicherheit, weniger Arbeitsplätze, weniger öffentliche Dienstleistungen. Die wenigen, die von dieser Krise profitieren, tun dies, indem sie die Rechte der Mehrheit mit Füßen traten. Die Täter haben gewonnen, die Opfer bezahlen! Diese Logik, die allen Gründungstexten der EU zugrundeliegt, muss heftig attackiert werden! Ein anderes Europa, das auf der Kooperation zwischen den Staaten und der Solidarität zwischen den Völkern beruht, muss das Hauptziel werden. Auf europäischer Ebene sind umfassende Maßnahmen, einschließlich massiver öffentlicher Investitionen für die Schaffung von öffentlichen Arbeitsplätzen in Schlüsselbereichen – von lokalen Dienstleistungen bis hin zu erneuerbaren Energien, vom Kampf gegen den Klimawandel bis hin zur Daseinsvorsorge – erforderlich. Eine andere Politik führt über einen von den Bevölkerungen koordinierten Prozess, um eine Verfassung anzunehmen und ein anderes Europa aufzubauen.

Dieses andere, demokratisierte Europa muss daran arbeiten, nichtverhandelbare Grundsätze durchzusetzen: die Einführung von Steuergerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit, die Gleichheit Mann–Frau, die Verbesserung der Lebensqualität, Abrüstung und radikale Senkung der Militärausgaben, nachhaltige Energieversorgung ohne Atomenergie, radikale Senkung der Treibhausgasemissionen, die Ablehnung gentechnisch veränderter Organismen... Dieses neue Europa muss auch seine Festungspolitik gegen Immigranten beenden und ein gerechter und wirklich solidarischer Partner der Menschen im Süden werden. Der erste Schritt in diese Richtung muss darin bestehen, die Schulden der Dritten Welt bedingungslos zu streichen. Der Schuldenerlass ist wirklich ein gemeinsamer Nenner für alle Kämpfe, die im Norden und im Süden dringend geführt werden müssen. Es muss ein Europa der Völker entstehen, das seine Beziehungen mit der restlichen Welt neu aufstellt, indem es das, was es den Völkern anderer Kontinente, den Opfern von Jahrhunderten der Plünderung und europäischer Herrschaft schuldet, zurückerstattet.

Diese Vorschläge werden sich nur konkretisieren, wenn die Bürgerinnen und Bürger aufstehen, die Völker sich erheben und die Menschen durch Selbsttätigkeit und Selbstorganisation Subjekte ihrer eigenen Emanzipation werden.

*Aus dem Französischen übersetzt von Angelika Gross, Eveline Haselsteiner, Sarah Weger (alle sind ehrenamtliche Übersetzerinnen bei Koorditrad) und Christian Zeller.*

Eric Toussaint ist *Maître de Conférence* der Universität Liège, Präsident des CADTM Belgiens und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von ATTAC Frankreich. Er ist Autor von *Procès d'un homme exemplaire* (Marseille, 2013) und *Un coup d'œil dans le rétroviseur. L'idéologie néolibérale des origines jusqu'à aujourd'hui* (Mons 2010) sowie mit Damien Millet Coautor von *AAA – Audit, Annulation, Autre politique* (Paris 2012) und *La dette ou la vie* (Brüssel 2013). *Das nächste Buch, Bancocratie, wird 2014 erscheinen.*

## Anmerkungen

1. Das internationale Abkommen über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte wurde am 16. Dezember 1966 von der UNO-Vollversammlung in New York mit der Resolution 2200A (XXI) angenommen. Es ist am 3. Januar 1976 in Kraft getreten. Siehe den vollständigen Text des Abkommens und die Liste der Unterzeichnerstaaten auf der Webseite der UNO (United Nations 1966b): [https://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg\\_no=IV-3&chapter=4&lang=fr](https://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=IV-3&chapter=4&lang=fr). Siehe auch die knappe Präsentation auf Wikipedia [http://fr.wikipedia.org/wiki/Pacte\\_international\\_relatif\\_aux\\_droits\\_%C3%A9conomiques\\_sociaux\\_et\\_culturels](http://fr.wikipedia.org/wiki/Pacte_international_relatif_aux_droits_%C3%A9conomiques_sociaux_et_culturels).

2. Siehe den Bericht *Safeguarding human rights in time of economic crises* von Nils Muiznieks, Kommissar für Menschenrechte des Europarats vom 3. Dezember 2013. Ich zitiere aus dem Kapitel 36: «Das, was 2008 als eine Krise des weltweiten Finanzsystems anfang, verwandelte sich in eine Austeritätspolitik, die mehr als 60 Jahre der sozialen Solidarität und der Ausweitung der Menschenrechte in den Mitgliedstaaten Europas bedroht. Ein großer Teil dieser Sparmaßnahmen wie die Kürzung der Sozialausgaben, die Zunahme der regressiven Steuern, der verringerte Schutz der Lohnabhängigen und die Einschnitte bei den Altersrenten haben die ohnehin schlimmen menschlichen Folgen der von hoher Arbeitslosigkeit geprägten Wirtschaftskrise zusätzlich verschärft. Die Gesamtheit der Grundrechte wurde in Frage gestellt – vom Recht auf eine anständige Arbeit, über ein angemessenes Lebensniveau und soziale Sicherheit bis zum Recht auf Gerechtigkeit, Meinungsfreiheit, Beteiligung und Transparenz.» <https://wcd.coe.int/com.instranet.InstraServlet?command=com.instranet.CmdBlobGet&InstranetImage=2429572&SecMode=1&DocId=2099360&Usage=2>.

3. Das internationale Abkommen über die Bürgerrechte und politischen Rechte (PIDCP) wurde am 16. Dezember 1966 von der UNO-Vollversammlung in New York mit der Resolution 2200A (XXI) angenommen. Das Abkommen trat am 23. März 1976 in Kraft. Siehe den vollständigen Text unter: <https://treaties.un.org/doc/Publication/UNTS/Volume%20999/volume-999-I-14668-French.pdf> (United Nations 1966a).

4. Das war eindeutig in Griechenland 2010 mit dem Aufzwingen des Memorandums durch die Troika der Fall. Ein anderes Beispiel ist der verfassungswidrige Beschluss der belgischen Regierung, der Bank Dexia eine Garantie von mehr als 50 Milliarden Euro zu gewähren. Die belgische Regierung hat diese Maßnahme mit Hilfe einer einfachen königlichen Verordnung durchgesetzt, obwohl die Verfassung und die Gesetze Belgiens eine Beschlussfassung durch die Legislative vorsehen.

5. Philippe Lamberts, Europaabgeordneter der Grünen, schlägt ein Maximum von 100 Milliarden US-Dollar bei den Aktiva vor. «*A titre de comparaison, le total de l'actif de BNP Paribas et de Deutsche Bank en 2011 était respectivement de 2164 milliards d'euros et 1965 milliards d'euros*» (Lamberts 2012). Ich denke, dass die Obergrenze deutlich herabgesetzt werden muss, besonders in den kleinen Ländern. 100 Milliarden Euro entsprechen einem Vielfachen des BIP von Zypern und einem Viertel des BIP von Belgien.

6. Es geht darum, Gesetze wie den *Glass Steagall Act* in den USA von 1933 und Folgejahren umzusetzen.

7. Genau das hat der bereits erwähnte *Glass Steagall Act* eingeführt.

8. Diese Prozentzahl stammt von mir.

9. Für die Fondation Copernic ist es «ebenso wichtig, die Banken daran zu hindern, für sie selber und die Öffentlichkeit unbedachte Risiken einzugehen und diese zu verteilen. Die Behörden müssen über die Macht verfügen, die neuen, manchmal exotischen Anlageprodukte, die auf den Markt gebracht werden, generell zu kontrollieren, und Operationen verbieten, deren Tragweite sich selbst der Mehrheit der Bankiers entzieht, und die auf der Spekulation mit Staatsanleihen (Märkte mit Credit Default Swaps, Ter-

minmärkte auf Staatsanleihen, Verbriefungen), mit Rohstoffen und mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen beruhen. Diese erforderliche Zulassung setzt natürlich voraus, dass die mit der Überwachung beauftragten Beamten fähig sind, die Finanzinnovationen zu verstehen und im Falle einer verdächtigen Undurchsichtigkeit, diese zurückweisen können.» (Fondation Copernic 2012.)

10. Paul Jorion in *Financité*, November 2013. Übrigens erinnert Paul Jorion daran, dass zwei Artikel des französischen Strafrechts die Spekulation bis 1885 verboten haben. Sie wurden dann auf Druck der damaligen Geschäftskreise außer Kraft gesetzt. In Artikel 421 stand: «Wetten auf den Anstieg oder das Sinken von Staatspapieren werden mit Gefängnis von mindestens einem Monat und bis zu einem Jahr bestraft.» Der Artikel präziserte: «Als Wette dieser Art gilt jede Vereinbarung, Staatspapiere zu kaufen oder anzubieten, bei der der Verkäufer nicht beweisen kann, diese Papiere zum Zeitpunkt der Vereinbarung oder zum Zeitpunkt der Übertragung bereits zu seiner Disposition gehalten zu haben.» (Jorion 2013.) Paul Jorion zitiert auch den Artikel 1965 des Zivilrechts, in dem es heißt: «Das Gesetz lässt keinerlei Aktion auf eine Spielschuld oder die Begleichung einer Wette zu.»

11. Gemäß einer Studie der Bank ING verfügen drei von zehn Belgiern über keine Ersparnisse (Lefebvre 2014).

12. Das bedeutet, dass das System der Gewichtung der Aktiva nach Risiko aufzugeben ist.

13. Zum Beispiel sind Garantien außerhalb der Bilanz und Engagements mit bloßer Unterschrift zu begrenzen. Das ist zu diskutieren.

14. Aristoteles behandelt die Frage in *Politik*, Buch II, Kapitel III, § 8, und Kapitel IV, § 3, und bezieht sich dabei auf Phaleas und Platon. Philippe Lamberts schlägt eine Obergrenze der Bezüge (fixes Gehalt plus Boni) von zehnmal dem Durchschnitt der untersten Einkommen vor, während die Gewerkschaft SUD der Bank BPCE das Verbot von Boni, Aktienoptionen, der goldenen Renten und anderen ungerechtfertigten Extravorteilen sowie die Einführung eines maximal zulässigen Einkommens (RMA – Revenu maximum autorisé) fordert.

15. Bei Unternehmen, die sich nicht an diese Grenze halten, könnte sich die Steuerlast auf die zusätzlichen Einnahmen auf 100% belaufen.

16. *Benchmarking* ist ein Marketingverfahren, das darin besteht, die Produktionstechniken, die Managementprinzipien und Organisationsformen anderer Unternehmen zu studieren, zu analysieren und zu vergleichen. Dieses Verfahren wurde auch innerhalb von Unternehmen übernommen, um die Standorte, die Dienstleistungen und die Lohnabhängigen ständig in Konkurrenz zueinander zu setzen. Das brachte schwerwiegende Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und eine Gefährdung der Lohnabhängigen mit sich. In Frankreich hat die Gewerkschaft SUD BPCE ein gerichtliches Verbot von Formen der Arbeitsorganisation erreicht, die auf dem Prinzip des Benchmarking basieren. Die Richter hielten fest, dass eine derartige Organisation «die Gesundheit der Lohnabhängigen schwerwiegend gefährdet» (Entscheidung des Tribunal de Grande Instance von Lyon am 9. September 2012, bestätigt durch einen Erlass des Berufungsgerichts von Lyon vom 21. Februar 2014).

17. *Lean Management* bzw. schlankes Management ist eine Managementmethode in der industriellen Produktion, die sich durch die permanente Suche nach Produktivitätsgewinnen, Qualitätsverbesserungen, Verminderung der Verzögerungen und der Kosten auszeichnet. Der Ausdruck schlank, «ohne Fett», findet sich im finsternen Ausdruck der «Gesundschrimpung» wieder, mit der die Operation des Beschäftigungsabbaus bezeichnet wird. Das ungezügelte Rennen nach Leistung hat auf die Lohnabhängigen sehr negative Auswirkungen, sie gehen u. a. mit der Erhöhung psychosozialer Risiken und mit Beschwerden der Muskulatur und am Knochengerüst einher.

18. Siehe die Webseite <http://pourunpolepublicfinancier.org/appeal/?petition=3>. Der von diesem Kollektiv geforderte, öffentliche Finanzbereich würde die öffentlichen Finanzinstitutionen und auch jene umfassen, die einen öffentlichen Dienst leisten. Dazu würde jede Bank und Versicherungsgesellschaft zählen, an der der Staat eine Mehrheitsbeteiligung hält, oder die Aufgaben des öffentlichen Dienstes übernommen hat. In Belgien informiert eine Webseite der Partei der Arbeit (PTB) über das Projekt einer öffentlichen Bank (<http://www.banquepublique.be>).

19. Spanien, Portugal, Griechenland, Frankreich, Belgien, Brasilien. Siehe die Webseite von ICAN: <http://cadtm.org/ICAN,750>.

20. Denken wir an Irland, das Unternehmensgewinne mit nur 12,5% besteuert. In Frankreich beläuft sich

die reale Steuerlast der Unternehmen des CAC 40 (der 40 größten, an der Börse gehandelten Unternehmen) nur auf 8%.

21. Erinnern wir uns, dass die Steuerlast von 90% den Reichen während der Präsidentschaft von Franklin Roosevelt in den USA in den 30er Jahren auferlegt wurde. In Frankreich wurde sie 1924 beschlossen und am Vorabend des Zweiten Weltkriegs eingeführt.

22. Die Regierung kann den im Land aktiven Banken jede Transaktion verbieten, die eine bestimmte Summe übersteigt, und bei Zuwiderhandlung eine Strafzahlung auferlegen, die so hoch ist wie die transferierte Summe (zu der die Drohung mit dem Entzug der Banklizenz kommt). In dieser Hinsicht sind durchaus verschiedene Formulierungen möglich.

## Literatur

CADTM (2012): Le CADTM dénonce la campagne de désinformation sur la dette grecque et le plan de sauvetage des créanciers privés. <http://cadtm.org/Le-CADTM-denonce-la-campagne-de>.

Coutrot, Thomas/Patrick Saurin/Éric Toussaint (2013): Annuler la dette ou taxer le capital : pourquoi choisir? <http://cadtm.org/Annuler-la-dette-ou-taxer-le>.

Fondation Copernic (2012): Changer vraiment ! Quelles politiques économiques de gauche? Paris: Fondation Copernic.

Jorion, Paul (2013): Le temps qu'il fait Jorion, Paul. [www.pauljorion.com/blog/2013/08/24/le-temps-quil-fait-le-23-aout-2013](http://www.pauljorion.com/blog/2013/08/24/le-temps-quil-fait-le-23-aout-2013).

Lamarque, Cécile/Renaud Vivien (2011a): Plaidoyer juridique pour la suspension et la répudiation des dettes publiques au Nord et au Sud. 1. Juni 2011, <http://cadtm.org/Plaidoyer-juridique-pour-la>.

Lamarque, Cécile/Renaud Vivien (2011b): Quelques fondements juridiques pour déclarer la nullité des dettes publiques. <http://cadtm.org/Quelques-fondements-juridiques,6725>

Lamberts, Philippe (2012): Les 7 péchés capitaux des banques. [www.philippelamberts.eu/les-7-peches-capitaux-des-banques](http://www.philippelamberts.eu/les-7-peches-capitaux-des-banques).

Lapavistas, Costas (2013): L'euro en crise ou la logique perverse de la monnaie unique. In: En finir avec l'Europe. (Hrsg. C. Durand.) Paris: La Fabrique. S. 71–88.

Lefebvre, Arnaud (2014): ING: près de 3 Belges sur 10 déclarent n'avoir aucune épargne. [www.express.be/sectors/fr/finance/ing-pres-de-3-belges-sur-10-declarent-navoir-aucune-epargne/201690.htm](http://www.express.be/sectors/fr/finance/ing-pres-de-3-belges-sur-10-declarent-navoir-aucune-epargne/201690.htm)

Lordon, Frédéric (2012): L'effarante passivité de la «re-régulation financière» In: Changer d'économie: Nos propositions pour 2012. (Hrsg. Économistes atterrés.) Paris: Les liens qui libèrent.

Lordon, Frédéric (2013): La régulation bancaire au pistolet à bouchon. <http://blog.mondediplo.net/2013-02-18-La-regulation-bancaire-au-pistolet-a-bouchon>.

Millet, Damien/Éric Toussaint (2009): La crise, quelles crises? Bruxelles: Editions Aden.

Piketty, Thomas (2013): Le capital au XXIe siècle Paris: Seuil.

Saurin, Patrick (2013): Socialiser le système bancaire. <http://cadtm.org/Socialiser-le-systeme-bancaire>.

Sud groupe BPCE (2012): Projet bancaire alternatif. Pour la socialisation du système bancaire et la mise en place d'un service public bancaire, mai 2012. [www.sudbpce.com/files/2013/01/2012-projet-bancaire-alternatif-definitif.pdf](http://www.sudbpce.com/files/2013/01/2012-projet-bancaire-alternatif-definitif.pdf); <http://cadtm.org/Projet-bancaire-alternatif>.

Toussaint, Éric (2006): Banque mondiale, le coup d'Etat permanent: L'agenda caché du Consensus de Washington. Genève, Paris, Liège: CADTM.

Toussaint, Éric (2013): Comment les grandes banques manipulent le marché des devises. In: Le Monde, 13. 3. 2014. [www.lemonde.fr/idees/article/2014/03/13/comment-les-grandes-banques-manipulent-le-marche-des-devises\\_4382090\\_3232.html](http://www.lemonde.fr/idees/article/2014/03/13/comment-les-grandes-banques-manipulent-le-marche-des-devises_4382090_3232.html); repris par CADTM <http://cadtm.org/Comment-les-grandes-banques>.

Toussaint, Éric (2014a): Les banques spéculent sur les matières premières et les aliments. <http://cadtm.org/Les-banques-speculent-sur-les>.

Toussaint, Éric (2014b): Que faire de ce que nous apprend Thomas Piketty sur Le capital au XXIe siècle.

<http://cadtm.org/Que-faire-de-ce-que-nous-apprend>.

Toussaint, Éric (2014c): Il faut imposer une véritable taxe Tobin au lobby bancaire. In: L'Humanité, 25. 2. 2014. [www.humanite.fr/tribunes/il-faut-imposer-une-veritable-taxe-tobin-au-lobby-560138](http://www.humanite.fr/tribunes/il-faut-imposer-une-veritable-taxe-tobin-au-lobby-560138).

United Nations (1966a): Le pacte international relatif aux droits civils et politiques (PIDCP). New York. <https://treaties.un.org/doc/Publication/UNTS/Volume%20999/volume-999-I-14668-French.pdf>.

United Nations (1966b): Pacte international relatif aux droits économiques, sociaux et culturels. New York. [https://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg\\_no=IV-3&chapter=4&lang=fr](https://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=IV-3&chapter=4&lang=fr).